

Im Jahr 2002 wurden 12 Abgeordnete der Departementsversammlung von Valle de Cauca mit iener fingierten Bombendrohung aus dem Parlamentsgebäude in Cali gelockt und in einem bereit stehenden Bus „in Sicherheit“ gebracht – die gesamte Aktion war von der FARC inszeniert und 12 Abgeordnete seitdem Geiseln der FARC.

Vergangene Woche wurden 11 der Geiseln erschossen. Die Schilderungen des Hergangs reichen von „gescheitertem Zugriff des Militärs“ (FARC) über „Hinrichtung durch die FARC wegen drohender Befreiungsaktion des Militärs“ (Teile der kolumbianischen Medien) bis zu „unkoordinierter Angriff einer unbekanntes bewaffneten Gruppe auf das Camp der FARC“ (Regierung).

Das Wochenmagazin SEMANA berichtet am 2.7.07 (Auszüge):

Es schmerzt uns....

Die Ermordung der 11 Abgeordneten aus Valle de Cauca versetzt das ganze Land in Trauer

Länder sind genau wie menschliche Wesen zerbrechlich und es gibt Momente, in denen sie ihren Schmerz nicht zurückhalten können. Es ging dem ganzen Land wie den Angehörigen der 11 Abgeordneten, als man erfuhr, dass diese nach 5 Jahren Gefangenschaft kaltblütig ermordet worden waren.....

Es war wie ein Eimer kalten Wassers für die Bemühungen des Landes, das sich dem Konflikt nicht preisgeben will und an eine bessere Zukunft glaubt.

Und in den letzten Wochen hatte es Signale gegeben, die einen Optimismus rechtfertigten. Ein humanitäres Abkommen, das die Freilassung der Entführten ermöglichen sollte, begann realistischer zu erscheinen. Die internationale Gemeinschaft, mit dem neuen französischen Präsidenten Sarkozy an der Spitze, war bemüht, Anstöße zu geben. Vertreter Frankreichs, der Schweiz und Spaniens hatten sich kürzlich mit Raúl Reyes getroffen, dem Sekretär der FARC, um das Thema zu erörtern. In Europa fand ein Treffen auf hoher Ebene statt, bei dem eine Erklärung zugunsten einer Übereinkunft verabschiedet wurde. Der früherer Minister Alvaro Leyva (hat gute Kontakte zur FARC, A.d.Ü.) traf sich mit Präsident Uribe, um ihm einen akzeptableren Vorschlag für die Entmilitarisierung eines Gebiets zu machen. Bis hin zur Freilassung von Rodrigo Granda (inhaftierter früherer „Außenminister“ der FARC, A.d.Ü.), die wegen ihrer Improvisation und fehlendem Realismus weithin kritisiert wurde, zeigte die Regierung, dass sie bereit war, einen hohen Preis zu zahlen, um Wege zur Befreiung der Entführten zu zahlen.

Aber die Illusionen, die diese Vorgänge auf Seiten der Familien der Opfer hervorgerufen hatten, stürzten mit dem Massaker wie ein Kartenhaus zusammen. Die Nachricht war konfus und wurde über einen sonst selten genutzten Kanal verbreitet: Die Nachrichtenagentur ANNCOL, die der FARC nahe steht, veröffentlichte ein Kommuniqué des Westlichen Gemeinsamen Kommandos. Darin schreibt die FARC den Tod der 11 Abgeordneten einem Befreiungsversuch durch eine „nicht identifizierte militärische Gruppe“ zu.

In der Ungewissheit gab es nur eine feststehende Tatsache, traurig und schlüssig: 11 Abgeordnete waren im Urwald ermordet worden. Einer überlebte, Sigifredo López, der sich nach Angaben der Guerrilla an einem anderen Ort in Gefangenschaft befand. Die

andere unbestreitbare Wahrheit, die manchmal in der Intensität der Trauer und der Wut untergeht ist, dass die Verantwortung bei der FARC liegt: Sie führte die Entführung aus, hielt die Gefangenen fest und exekutierte sie blutig.

Die Informationen über den Hergang sind noch immer spärlich. Man weiß nicht mit Sicherheit, was geschah. Die Regierung versuchte klarzustellen, was **nicht** geschah: Es habe keine Befreiungsaktion gegeben, noch Militäroperationen in der Gegend, und die Sicherheitsorgane hätten nicht gewusst, an welchem Ort die Abgeordneten gefangen gehalten wurden.

Was passierte wirklich?

Die Umstände legen aber doch einige Dinge mehr oder weniger offen. Zunächst steht fest, dass eine bewaffnete Auseinandersetzung gegeben hat und dass die Entführer den Befehl befolgten, ihre Opfer kaltblütig zu ermorden, um ihre Befreiung zu verhindern. Falls nicht die Streitkräfte den Angriff ausführten- und in diesem Punkt entsprechen stimmen die Erklärungen von Regierung und FARC überein – muss man andere Erklärungen suchen.

Eine ist, dass eine Gruppe der Paras ein Camp der FARC angegriffen hat, mit oder ohne Kenntnis davon, dass sich dort die Abgeordneten befanden.

In der Region, in der sich vermutlich die Abgeordneten befanden, nämlich die Urwälder der Departements Valle de Cauca oder Cauca, existiert eine starke Präsenz bewaffneter Gruppen, die aus der Drogenmafia hervorgegangen sind.....

Und in der Tat spricht die FARC in ihrer Verlautbarung davon, es habe in der Region ständig bewaffnete Konfrontation mit paramilitärischen Gruppen gegeben.

Allerdings ist diese Hypothese nicht beweisbar. Diese Bastarde des Paramilitarismus widmen sich mehr dem Drogenhandel und dem organisierten Verbrechen als dass sie gegen die FARC kämpfen. Es ist schwer vorstellbar, wie eine Bande, die eher kriminell als militärisch organisiert ist, eine Operation ausführen konnte, bei der sie tief in den Urwald eindringen und mehrere Kontrollriegel der FARC überwinden musste. Bekannte Gruppen, wie die „Schwarzen Adler“, kümmern sich mehr darum, ihre Geschäfte zu schützen, lokale Politiker zu kaufen und persönliche Racheakte zu verüben, als in den fast undurchdringlichen Wäldern der westlichen Kordillere zu patrouillieren.

Eine andere Möglichkeit besteht darin, dass die FARC in Kämpfen mit dem ELN(zweitgrößte kol. Guerrillagruppe, verhandelt z.Z. mit der Regierung, A.d.Ü.) stand. Mehrere Argumente sprechen für diese Lesart. Man weiß, dass im letzten Jahr im Westen des Landes schwere Auseinandersetzungen zwischen beiden Guerrillagruppen stattfanden, in einem Kampf auf Leben und Tod, und wenn jemand in der Lage ist, mit Gewalt in ein Camp einzudringen, dann ist das wahrscheinlich eine Kraft mit identischen Vorgehensweisen, die die Berge und die Guerrillataktik kennt. Aber FARC und ELN sind Intimfeinde. Daher hätte die FARC wohl leicht die Angreifer identifizieren können und hätte sich nicht auf eine unbekannte Gruppe bezogen, sondern dem ELN den Vorfall in die Schuhe geschoben. Pablo Beltrán, Sprecher des ELN, versicherte SEMANA, dass seine Einheiten keine Offensivaktionen gegen die FARC richteten, sondern sich lediglich verteidigten, wenn sie von dieser angegriffen werden. Hinzu kommt, dass der Annäherungsprozess zwischen ELN und Regierung relativ weit fortgeschritten ist und

daher das daraus zu schöpfende politische Kapital wohl nicht aufs Spiel setzen würde durch eine Aktion mit so gravierenden Folgen.

Die dritte Möglichkeit besteht darin, dass ein Sonderkommando der Spezialeinheiten aufgrund genauer Informationen den Wald infiltrierte, um den Ort zu lokalisieren, an dem die Abgeordneten gefangen gehalten wurden, wahrscheinlich mit dem Ziel, eine Befreiungsaktion oder einen Überraschungsangriff vorzubereiten..... Aufgrund der Präsenz dieser Truppe hätte dann die FARC die Abgeordneten ermordet.

Diese These ist keinesfalls ganz abwegig, denn die Regierung hat niemals von der Option Abstand genommen, bewaffnete Befreiungsversuche zu unternehmen und sie hat in früheren Fällen sich dieser „Rambos“ bedient. Im Januar hat die Regierung selbst Versionen verbreitet, wonach eine dieser Spezialeinheiten im Departement Bolívar den Aufenthaltsort von Fernando Araujo ausfindig machte und seine Befreiung vorbereitete. Nach offizieller Version konnte die Truppe in Sichtweite zu dem Camp gelangen, in dem Araujo festgehalten wurde.....

Trotzdem enthält diese Hypothese einen großen Schwachpunkt: Die Regierung leugnet sie rundweg. Der Oberkommandierende der Streitkräfte, General Freddy Padilla de León versichert, dass Befreiungsaktionen ausschließlich auf direkten Befehl des Präsidenten geplant und ausgeführt werden. Uribe würde seine und die Legitimität seiner Regierung in Frage stellen, würde er in einem solch schweren Fall der Lüge überführt.....

Eine weitere Hypothese, die am wenigsten glaubhafte von allen, besagt, dass das Massaker die Vergeltungsaktion einer Einheit der FARC war, weil die Streitkräfte kürzlich einen der bedeutendsten FARC-Führer der Region getötet hatten. Am 5. Juni starb Milton Sierra Gómez, alias JJ, durch zwei Schüsse eines Scharfschützen einer Spezialeinheit, die sich in den Wäldern um Buenaventura festgesetzt hatte. JJ war derjenige gewesen, der als Kopf die Entführung der Abgeordneten am 11. April 2002 plante und durchführte. Aber die FARC pflegt keine solch gravierenden Aktionen mit politischen und militärischen Konsequenzen geleitet von emotionalen Rachegefühlen auszuführen.....

Auch andere Möglichkeiten könnten zutreffen: Reagierten die Guerrilleros auf einen Fluchtversuch? Nicht sehr wahrscheinlich, denn alle Leichen sind in der Gewalt der FARC, und welchen Sinn hätte es gehabt, Geflohene und wieder Eingefangene anschließend zu erschießen?

Und nun?

Die Folgen dieses Massakers wird man noch lange Zeit spüren. Ein Unglück diesen Ausmaßes hinterlässt ein allgemeines Gefühl des Pessimismus und der Mutlosigkeit. Was ist das Schicksal der weiteren Geiseln? Ist die Tür für ein humanitäres Abkommen nun für immer geschlossen? Wird die Regierung noch bewaffnete Befreiungsaktionen unternehmen?

Die direkten Antworten darauf sind pessimistisch hinsichtlich Verhandlungen zum Austausch der Geiseln gegen gefangene Guerrilleros. Niemand möchte jetzt die FARC für ihre kriminelle Tat mit der Entmilitarisierung eines Gebiets prämiieren. Aber auf

lange Sicht kann sich das ändern: Angesichts einer fehlenden Lösung für Dutzende Geiseln ist die Regierung in der Pflicht, pragmatisch ihre Optionen zu überdenken. Und der internationale Druck wird sich weiter verstärken, nachdem so viele Länder und Institutionen sich eingeschaltet haben.

Während Raúl Reyes letzten Freitag in einer Verlautbarung auf der Entmilitarisierung der Gemeinden Florida und Pradera beharrte, sprach der Präsident sich gegen diese Möglichkeit aus. Der Präsident befürchtet, dass eine Entmilitarisierung für 45 Tage ohne zuvor vereinbarte Verhandlungsagenda die Regierung unbeweglich machen könnte. Nachdem eine Entmilitarisierung erfolgt ist, wäre es schwer vom Verhandlungstisch aufzustehen, ohne ein Ergebnis erreicht zu haben – und Verlängerungen der Verhandlungen sind praktisch unvermeidlich angesichts des Misstrauens zwischen den Verhandlungsparteien. Man darf nicht vergessen, dass es in Caguán (entmilitarisierte Zone von der Größe der Schweiz unter Präsident Pastrana. A.d.Ü.) auch mit 45 Tagen anfang und mit einer Regelung, die klar zu sein schien und dass es erst nach drei Jahren endete, in denen sich die Guerrilla militärische Vorteile verschafft hatte, die ihr eine fünfjährige Offensive ermöglichten.....

Aber das Massaker an den Abgeordneten lässt die FARC in den Augen der internationalen Gemeinschaft schlecht aussehen, und die Gruppe der auszutauschenden politischen Gefangenen wird kleiner. Zum Verlust der 11 Abgeordneten kommen Fernando Araujo und der Polizist Pinchao, die es schafften zu fliehen..Die Mehrzahl der gefangenen FARC-Mitglieder, die 2002 in Haft waren, als die FARC einen Austausch vorschlug, sind inzwischen in Freiheit durch Abbüßung ihrer Strafen, durch Entscheidung der Regierung oder durch Erfüllung von Auflagen. Das Panorama hat sich total gewandelt. Wird die FARC weiter auf einem Austausch bestehen?

Mehr als Guerrilleros zu befreien interessiert sich Manuel Marulanda (Oberbefehlshaber der FARC, A.d.Ü.) für den Austausch wegen seiner Obsession, als gleichberechtigter Verhandlungspartner der Regierung anerkannt zu werden, wegen seiner Beharrlichkeit mit der er erreichte, dass die Regierung seinen Vorschlag annahm und dafür, dass eine Entmilitarisierung einer Zone stattfindet. Und vielleicht will er das noch ummünzen in den ersten Baustein eines Friedensprozesses. Aber es ist sehr unwahrscheinlich, dass er das alles erreichen kann ohne jeglichen Wandel seiner Position. Nach der Tragödie von letzter Woche wird die internationale Gemeinschaft auf die FARC den selben oder einen noch höheren Druck ausüben wie auf die Regierung. Und die FARC hat eine enorme Unfähigkeit gezeigt, sich auf neue Realitäten einzustellen.

Die andere große Frage hat zu tun mit der Zukunft von Befreiungsaktionen. Argumente zugunsten einer Vereinbarung werden häufig verkehrt in Forderungen an die Regierung, Abstand zu nehmen von der Suche nach Entführten um ihr Leben nicht in Gefahr zu bringen. Der Fall von Präsident Sarkozy ist der prominenteste, aber nicht der einzige.....

Aber Uribe hat Gründe, diese Forderung nicht zu erfüllen. Zunächst ist da seine verfassungsmäßige Pflicht, die Kontrolle über das nationale Territorium auszuüben. Auch hat der Staat die moralische und rechtliche Verpflichtung, Entführte zu suchen. Aus diesen Verpflichtungen auszusteigen, um die politischen Kosten von Fehlschlägen zu

vermeiden, hieße eine Schwäche des Staates zu zeigen, die die FARC nur zu neuen Entführungen ermuntern würde.....

Aber so, wie es einen militärischen Imperativ gibt, so gibt es auch eine humanitäre Dimension des kolumbianischen Konflikts, die den Präsidenten auch zwingt, einen mehr politischen Weg zu suchen, wie es ein humanitäres Übereinkommen wäre.....

Die Frage ist, ob es möglich ist, Befreiungsaktionen durchzuführen, die ein minimales Risiko für die Geiseln in sich bergen. Und: Ist es gerechtfertigt, dieses Risiko einzugehen?

Sicher ist, dass eine endlose Weiterführung der Entführungen nicht akzeptabel und nicht erträglich ist. Aus humanitären Erwägungen –schließlich gibt es Entführte, die mehr als acht Jahre unter unbarmherzigen Bedingungen im Urwald leben- und auch aus politischen Erwägungen: Eine wiedergewählte Regierung kann nicht unter den Verhältnissen abtreten, die sie bei Amtsantritt angetroffen hat, d.h. mit einer großen Zahl unschuldiger Bürger in der Gewalt der FARC. Aber die Verantwortung angesichts der Gewalt und der schmerzhaften Schläge der FARC liegt nicht nur bei der Regierung, sondern bei der gesamten Gesellschaft. In jeglichem anderen Land würde ein Massaker wie das jüngst in Kolumbien geschehene massive Protestaktionen und Aktionen auslösen, um die Gewaltakte gegen die normalen Bürger zu behindern.

Seit vergangenem Freitag haben in mehreren Städten Protestaktionen begonnen. Aber ihnen fehlt noch viel, bis sie die Überzeugungskraft gewinnen, welche die Spanier gegen die ETA gezeigt haben, als diese ihre Missetaten beging. Und wenn eines sicher ist, dann das, dass Passivität und Konformismus auf lange Sicht Freibriefe dafür sind, das alles so weitergeht.....